

Das Seniorenamt der Stadt Nürnberg

Erfahrungsbericht

Friedrich Strauch

I. Vorbemerkung

Das Seniorenamt ist Teil einer Antwort auf den demografischen Wandel in Nürnberg. Deutschland schrumpft und altert. Es gibt aber beim Bevölkerungsrückgang und bei der Altersstruktur regional sehr große Unterschiede. Nürnberg steht nach Wirtschaftskraft und demografischer Stabilität relativ zufriedenstellend da. Nürnberg ist keine „Katastrophenregion“, die einen durch Abwanderung verursachten Rückbau organisieren muss.

Demografieorientierung der Politik in der Kommune bedeutet in Nürnberg, sich den Notwendigkeiten einer Stadtgesellschaft zu stellen, die durch zwei Veränderungen gekennzeichnet ist,

- ▶ durch eine absolute und anteilmäßige Zunahme der Senioren und dabei insbesondere der über 75jährigen und der Notwendigkeit der adäquaten Versorgung.
- ▶ durch einen steigenden Anteil an Bürgern und vor allem jüngeren Bürgern mit Migrationshintergrund und der Notwendigkeit der Integration.

II. Die demografische Entwicklung im Überblick

Nürnberg wächst und hat 2005 mit rd. 4.400 Neubürgern die Schwelle zur Halbmillionenstadt um rd. 300 Personen und damit nur knapp verfehlt. Ursache war im letzten Jahr sowohl der seit 1999 unverändert hohe Überschuss der Wanderungsgewinne gegenüber den Verlusten aus Geburtenrückgang und Sterbefällen, als auch die Folgen der Einführung der Zweitwohnungssteuer (2/3 der Nürnberger Zuzüge 2005 ist dadurch zu erklären). Die Umlandabwanderung scheint gestoppt. Die Geburtenzahl ist weiter rückläufig. Die Sterbefälle sind gestiegen.

Die „Basis“ ist vergleichsweise stabil: Die Zahl der unter 15jährigen sinkt bis 2020 um 2.200 Personen. Die Zahl der 15-60jährigen steigt um 2.800

Personen an. Insgesamt wird die Bevölkerungszahl bis 2020 um 2,7% steigen – das sind 13.600 Personen, wobei die Steigerung der Zahl der Ausländer mit 7,6% wesentlich höher ist als das Anwachsen der Zahl der Deutschen mit 1,7%.

In Nürnberg wohnen rd. 132.000 Personen mit Migrationshintergrund – das sind 26,4% oder mehr als jeder vierte Nürnberger. Davon sind rd. 89.000 „Ausländer“ und ca. 43.000 Spätaussiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit. Während mit 51,5% nur etwas mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung 45 Jahre und jünger ist, sind es bei den Ausländern mit 68,6% mehr als zwei Drittel. Die Altersgruppe zwischen 45 und 60 ist mit 19-20% relativ gleich besetzt. Während nur 11,6% der Ausländer 60 Jahre und älter sind, sind es bei den Deutschen fast 29,3%. Die Ausländer werden bis 2020 um 6800 Personen (=7,6%) zunehmen, dies ist mit 6200 Personen fast ausschließlich auf das Anwachsen der über 60jährigen zurückzuführen.

Schon heute ist jeder vierte Einwohner über 60 Jahre, jeder fünfte Einwohner über 65 Jahre und fast jeder zehnte Einwohner über 75 Jahre alt. Die Zahl der über 65jährigen wird bis 2020 um rd. 10.000 Personen (=5%) steigen. Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Hochaltrigen zurückzuführen. So nehmen die über 75jährigen um 19% (=8500 Personen) und die über 85jährigen um fast 50% (=4600 Personen) zu.

III. Lokale Folgen der demografischen Entwicklung und Handlungsfelder

Auf bundespolitischer Ebene wird die demografische Entwicklung die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit und Soziale Sicherungssysteme betreffen. Die Einschätzung der lokalen Folgen der demografischen Entwicklung und der lokalen Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten hängen ab von der Einschätzung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolregion und des Großraumes. Folgende vier Tendenzen und Handlungsfelder erscheinen realistisch und induzieren kommunalen Handlungsbedarf:

- ▶ **Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt:** Das Arbeitskräfteangebot wird zurückgehen. Zugleich wird aber auch die Nachfrage nach Arbeitskräften – und hier vor allem nach gering qualifizierten Arbeitskräften – zurückgehen. Wenn es nicht gelingt, Bildungs- und Ausbildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu garantieren, wird die durchschnittliche berufliche Qualifikation der Kinder aus sozial benachteiligten Familien – darunter auch Familien mit Migrationshintergrund – weiterhin sinken. Dies ist fatal, weil heute schon ein großer Teil der Kinder

aus sozial benachteiligten Familien stammt, die besonders kinderreich sind.

- ▶ **Stadtentwicklung, soziale Segregation:** Die durch die Globalisierung der Wirtschaft und die Probleme der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wachsende Kluft zwischen Besser- und Schlechterverdienenden wird sich in den Kommunen auch kleinräumig niederschlagen. Die Situation in den sozialen Brennpunkten wird sich verschärfen und es werden durch Abdriften derzeit noch stabiler Quartiere neue Brennpunkte entstehen.
- ▶ **Nachfragerverhalten:** Mit der Alterung der Bevölkerung wird die Nachfrage nach zielgruppenspezifischen und altersgerechten Produkten und Dienstleistungen (Technologie im Haushalt, Wohnen, Verkehr, Ernährung, Gesundheit) steigen. Senioren sind – im Unterschied zu früher – ökonomisch in der Lage und auch willens, ihre vorhandene starke Kaufkraft in solche Angebote zu lenken.
- ▶ **Infrastruktur für Senioren:** Wenn die Zunahme der Senioren und dabei der Hochaltrigen, die damit verbundene Zunahme gerontopsychiatrischer Veränderungen, sowie das gleichzeitige Wegbrechen der familiären und nachbarschaftlichen Unterstützungsnetze nicht zur rapiden Zunahme von vollstationären Versorgungsformen führen soll, muss durch alle verantwortlichen städtischen und nichtstädtischen Akteure ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit durch Ausbau präventiver offener und vorstationärer therapeutischer Angebote ermöglicht werden.

IV. Kommunale Seniorenpolitik – Ausgangspunkt

Kommunale Seniorenpolitik leitet sich aus fünf Zahlen ab:

- ▶ Nürnberg hat zwar keine schrumpfende, aber eine alternde Stadtgesellschaft. Schon heute ist jeder fünfte Nürnberger 65 Jahre und älter. Jeder vierte 60 Jahre und älter. Fast jeder zehnte ist 75 Jahre und älter.
- ▶ Bis 2050 wird diese Zahl von 90.000 auf 104.000 steigen. Diese Steigerung wird im Wesentlichen durch das Anwachsen der über 75jährigen um 11.000 Personen – das sind 26,5% – verursacht.
- ▶ Derzeit wohnt mit 94,7% der weit überwiegende Teil der über 60-Jährigen in der eigenen Wohnung. 45% der Seniorenhaushalte sind Einpersonen- und weitere 41% Zweipersonenhaushalte. Lediglich 5% der über 60jährigen wohnen im Heim, bei den über 80jährigen sind es mit 21,5% über ein Fünftel.

- ▶ Zahlreiche Umfragen haben dieses keineswegs überraschende Ergebnis immer wieder bestätigt. Interessant ist, dass die Akzeptanz eines Aufenthalts im Heim mit zunehmendem Alter der Befragten rapide sinkt.
- ▶ Ein Monat vermiedene vollstationäre Pflege in Pflegestufe II spart den Pflegekassen (und auch dem Sozialhilfeträger) Geld in einer Größenordnung von 358 € (bei Bezug von Sachleistung) bis 869 € (bei Bezug von Geldleistung). Ohne Pflegestufe sind es 1279 €.

Daraus folgt:

- ▶ eine lange Altersphase von 20 – 30 Jahren, die überwiegend bei guter psychischer und physischer Gesundheit und in der eigenen Häuslichkeit erlebt wird. Der „geriatrische“ Patient beginnt erst mit über 75 Jahren. Dabei besteht die Gefahr, dass durch Kumulation von alterstypischen Risikofaktoren ohne Gegenmaßnahmen Wissen und Fähigkeiten erst brach liegen und dann verkümmern. Isolation und Desintegration beschleunigt außerdem Krankheit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit.
- ▶ durch die Zunahme der Hochaltrigen eine verstärkte Multimorbidität (besonders auch durch gerontopsychiatrische Veränderungen) und erhöhte Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Dies und die Abnahme der Stabilität familiärer Netze werden ohne Gegenmaßnahmen zu einem Ansteigen des Bedarfs an vollstationärer Versorgung führen.
- ▶ von besonderer Bedeutung sind aus diesem Grund nicht nur intervenierende Maßnahmen bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit, sondern Maßnahmen und Angebote der präventiven, offenen Seniorenarbeit.

V. Kommunale Seniorenpolitik – Konsequenzen

V. 1. *Inhaltliche Konsequenzen: Ziele und Felder kommunaler Seniorenpolitik*

Da beides nicht dem Wunsch der Senioren entspricht und auch volkswirtschaftlich unvernünftig ist, gibt es zwei zentrale Ziele kommunaler Seniorenpolitik:

- (1.) Kommunale Seniorenpolitik muss es älter werdenden Menschen ermöglichen, lange und bei guter psychischer und körperlicher Gesundheit zu Hause zu leben und dabei am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie muss zur Prävention von „Risikolagen“ beitragen, indem Handlungsfelder eröffnet werden, die soziale Integration unterstützen, Kompetenzen erhalten und Partizipation ermöglichen.

(2.) Kommunale Seniorenpolitik muss für diejenigen, die nicht alleine zu-recht kommen, ein ausreichendes, abgestuftes Netz helfender Infra-struktur bereit stellen – von der Beratung über die Förderung und Unter-stützung von Selbsthilfeaktivitäten bis hin zur adäquaten pflegerischen Versorgung – und dafür Sorge tragen, dass diese Angebote dem Einzel-nen leicht zugänglich sind.

Das bedeutet im Einzelnen:

- ▶ präventive Gesundheits-, Bildungs- und soziale Kontaktangebote für äl-te-re Menschen zu verstärken und die Zugänglichkeit durch stadtteilbezo-gene Organisation zu verbessern.
- ▶ die eigene Häuslichkeit aufrechtzuerhalten reicht von alterstauglichen Wohnungen über Sicherstellung von Versorgungsarrangements bis zu Hausgemeinschaften.
- ▶ die Versorgungs- und Pflegeinfrastruktur zu erhalten und sie schrittwei-se an die demografischen Erfordernisse anzupassen (Migration),
- ▶ Markttransparenz zu fördern und Information und Zugänglichkeit der Infra-struktur an den Möglichkeiten und Fähigkeiten der Betroffenen auszurichten.

Wie? Der kommunale Beitrag besteht:

- ▶ im Anstoßen und in der Unterstützung von Initiativen und Projekten,
- ▶ in eigenen (traditionellen und innovativen) Angeboten,
- ▶ in der Ermöglichung von Partizipation der Senioren an Entscheidungen,
- ▶ in neutraler Information und Beratung,
- ▶ in finanzieller Förderung von Angeboten anderer Träger,
- ▶ in der Beobachtung der Entwicklungen und Aufbereitung der Konse- quenzen
- ▶ für die Entscheidungsträger,
- ▶ in der Vertretung von Senioreninteressen gegenüber den Entscheidungs-trägern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

V.2. Konsequenzen für die Organisation kommunaler Seniorenpolitik

Aufgrund der Zunahme der Senioren, der Bandbreite der Lebenssituationen und des Zieles der Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen – d.h. am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen – Leben ist auch Poli- tik für die Zielgruppe der Senioren eine Querschnittaufgabe.

Alle Entscheidungsträger, die in einer Kommune Verantwortung tragen, d.h. von der Stadtentwicklungs- und Wohnungs- über die Verkehrs- und

Wirtschafts- bis zur Bildungs- und Kulturpolitik müssen die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen stärker als bisher berücksichtigen.

Da dies offensichtlich nicht von selbst geht, weil diese Bedürfnisse zu wenig bekannt sind oder der Zugang zu „den Senioren“ ohne Know-How (gerontologische Fachkompetenz) nicht gelingt, muss Seniorenpolitik als Fachaufgabe für die Senioren die Umsetzung voran bringen. Fachaufgaben sind also mehr als die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben.

V.3. Seniorenamt und Stadt seniorenrat

Eine ganzheitliche Sicht von Seniorenpolitik legt die Bündelung aller einschlägigen fachpolitischen kommunalen Aktivitäten und Angebote in einer eigenständigen Organisationseinheit „unter einem Dach“ nahe. In Nürnberg wurden 1993 mit dem Seniorenamt die Weichen in die richtige Richtung gestellt: 1994 wurde mit der Satzung des Stadt seniorenrates die Grundlage für eine funktionsfähige Seniorenvertretung geschaffen und 1999 wurde nach Abtrennung des Nürnberg-Stifts als Einrichtungsbetrieb das Seniorenamt als eigenständige Dienststelle beibehalten.

Nach unserer Erfahrung ist es wichtig,

- ▶ dass es in der Kommune eine seniorenpolitische Organisationseinheit gibt, die sich für die Querschnitt- und Fachaufgabe Seniorenpolitik zuständig fühlt.
- ▶ dass sich die Ganzheitlichkeit von Seniorenpolitik in der Zusammenfassung von möglichst vielen einschlägigen kommunalen Angeboten und Maßnahmen widerspiegelt.
- ▶ dass vor allem die präventive offene Seniorenarbeit als wesentliches Standbein geachtet wird.
- ▶ dass sich die Kommune zwar eher als Initiator, Unterstützer, Förderer und Moderator versteht, sich aber trotzdem nicht von allen operativen Aufgaben zurückzieht, sondern noch Versuchsfelder bewahrt.

Der Autor *Friedrich Strauch* ist Leiter des Seniorenamtes der Stadtverwaltung Nürnberg.